

Inhalt

I. Die Kürzung von Versorgungsbezügen	1
1. Sachverhalt	1
2. Verfahrensgang	1
3. Klagevortrag	1
4. Entscheidungsgründe	2
5. Fazit	4
II. Neues auf Rehmnetz	4
III. Beamten-Blog	4

Markus Pferinger

Rechtsanwalt und Korrekturassistent an der
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
meyerhuber rechtsanwälte partnerschaft, Ansbach

1. Die Kürzung von Versorgungsbezügen

Im Zuge der großen familienrechtlichen Reformen trat neben einem neuen Prozessrecht am 01.09.2009 das Gesetz über den Versorgungsausgleich (Versorgungsausgleichsgesetz – VersAusglG) in Kraft. Das Versorgungsausgleichsgesetz findet auch für die in der Ehezeit erworbenen Anwartschaften von Versorgungsbezügen von Beamten Anwendung. Welche Auswirkungen der Versorgungsausgleich in finanzieller Hinsicht hat, merkt der Beamte erst mit Eintritt in den Ruhestand und Erhalt der gekürzten Versorgungsbezüge. Der Artikel beschäftigt sich mit der Frage, ob die durch den Versorgungsausgleich herbeigeführte Kürzung der Versorgungsbezüge bei Tod des ausgleichsberechtigten (geschiedenen) Ehegatten aufgehoben werden kann. In diesem Zusammenhang wird insbesondere auf die Urteile des Verwaltungsgerichts Ansbach vom 28.3.2012 (Az: AN 11 K 11.00940), des Verwaltungsgerichts Düsseldorf vom 26.4.2010 (Az: 23 K 5627/08) und des Bundesverfassungsgerichts vom 5.7.1989 (Az: 1 BvL 11/87) eingegangen.

1. Sachverhalt

Der Kläger war bereits seit mehreren Jahren in den Ruhestand versetzt. Bereits 14 Jahre vor Versetzung in den Ruhestand wurde der Kläger mit rechtskräftigem Endurteil geschieden. Zu Gunsten der ge-

schiedenen Ehefrau des Klägers wurden Rentenanwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe von mehreren Hundert D-Mark begründet. Wenige Jahre nach rechtskräftiger Ehescheidung bezog die geschiedene Ehefrau die gesetzliche Versichertenrente. Bei der Festsetzung der Versorgungsbezüge des Klägers wurden die Versorgungsbezüge gemäß der Entscheidung im Versorgungsausgleich gemindert. Die geschiedene Ehefrau bezog über neun Jahre die ausgeglichenen Anwartschaften erhöhte Rente.

2. Verfahrensgang

Der Kläger beantragte zunächst bei der für ihn zuständigen Bezugsstelle die Aufhebung der Kürzung der Versorgungsbezüge. Gegen die Ablehnung des Antrages legte er Widerspruch ein. Dem Widerspruch wurde nicht abgeholfen, gegen den Widerspruchsbescheid erhob der Kläger Verpflichtungsklage und beantragte:

„Unter Aufhebung der entgegenstehenden behördlichen Entscheidungen ab Antragstellung künftig ungekürzt Versorgungsbezüge an den Kläger zu bezahlen.“

3. Klagevortrag

Der Kläger ließ vortragen, dass die Kürzung der Versorgungsbezüge eine Verletzung seiner Grundrechte, insbesondere Art. 14 Abs. 1 Satz 1 GG, Art. 33 Abs. 5 GG und Art 3 GG darstelle. Die in § 37 VersAusglG festgelegte „36-Monats-Grenze“ sei

zudem willkürlich und entspreche nicht mehr den aktuellen Gegebenheiten, insbesondere unter dem Aspekt, dass sich seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 05.07.1989 die durchschnittliche Lebenserwartung deutlich erhöht habe. Die Argumentation der Widerspruchsbehörde, dass die im § 37 VersAusglG vorgesehene zeitliche Grenze auf ihre Verfassungsmäßigkeit bereits überprüft worden sei, da die Vorgängervorschrift eine ähnliche Regelung hatte und Gegenstand des oben genannten Urteils des Bundesverfassungsgerichts war, sei überholt. Verfassungsrechtliche Bedenken bestünden auch unter Berücksichtigung des Sinn und Zwecks des Versorgungsausgleichsgesetzes. Das Versorgungsausgleichsgesetz ziele darauf ab, eine ehebedingte Benachteiligung eines Ehegatten zu verhindern, indem die in der Ehezeit erworbenen Anwartschaften wechselseitig und jeweils zur Hälfte ausgeglichen würden. Darüber hinaus solle mit dem Versorgungsausgleich der Lebensunterhalt des ausgleichsberechtigten Ehegatten im Alter sichergestellt sein.

Daher sei nicht ersichtlich, warum der Ausgleichspflichtige geschiedene Ehegatte eine Kürzung der Versorgungsbezüge hinnehmen müsse, wenn keinerlei Grund mehr für diese Kürzung bestehe. Dies verhalte sich im vorliegenden Fall so, da die ausgleichsberechtigte geschiedene Ehefrau nach der Scheidung der Ehe selbst genug eigene Anwartschaften für die Altersvorsorge erwerben konnte und zum anderen sei das Bedürfnis, den Lebensunterhalt des ausgleichsberechtigten Ehegatten im Alter sicherzustellen, durch den Tod der geschiedenen Ehefrau weggefallen.

Ein Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1 GG resultiere daraus, dass ein sachlicher Grund für die Ungleichbehandlung von ausgleichspflichtigen Ehegatten, deren geschiedene Ehefrau bis zu drei Jahren nach Beginn des Bezugs von Versorgungsleistungen verstorben sei und denjenigen ausgleichspflichtigen Ehegatten deren verstorbenen Ehefrau länger als drei Jahre Versorgungsleistungen aufgrund des Versorgungsausgleichs erhalten hätten, nicht ersichtlich sei. Da die Kürzung des Versorgungsausgleichs gemäß § 37 VersAusglG vom Tod des ausgleichsberechtigten Ehegatten abhängt, also rein der Zufall das entscheidende Element sei, läge keine erforderliche Härtefallregelung vor.

Zudem sei das Recht des Klägers auf ordnungsgemäße Alimentation gemäß Art. 33 Abs. 5 GG verletzt, da die Kürzung der Versorgungsbezüge sowohl prozentual als auch absolut in einem unverhältnismäßigen Maße vorliege.

4. Entscheidungsgründe

Das Verwaltungsgericht Ansbach wies mit Urteil vom 28.03.2012 die Klage ab mit der Begründung, dass die Versorgungsbezüge des Klägers zutreffen auf Grundlage des § 57 Beamtenversorgungsgesetz (BeamtVG) gekürzt wurden.

Der Kläger habe keinen Anspruch auf die Gewährung von ungekürzten Versorgungsbezügen auf Grundlage des § 37 VersAusglG. In § 37 Abs. 1 Satz 1 VersAusglG heißt es:

„(1) Ist die ausgleichsberechtigte Person gestorben, so wird ein Anrecht der ausgleichspflichtigen



Produktipp

Dr. Maximilian Baßlsperger
Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) und Beendigung von Arbeits- und Beamtenverhältnissen wegen Krankheit



2011
XIV, 142 Seiten, Softcover
ISBN 978-3-8073-0263-8
€ 19,95

[\[Mehr Info\]](#)

Die krankheitsbedingten Fehlzeiten von Beamten und anderen Staatsdienern steigen erstmals seit 2001 wieder, auch wenn die Krankheitsquote im öffentlichen Dienst insgesamt niedrig bleibt. Für sozialversicherte Beschäftigte in Deutschland erfasst der BKK Bundesverband die gesundheitlichen Befunde. Laut seinem Bericht aus 2009 sind die Zeiten extrem niedriger Krankenstände in Deutschland vorüber. 2006 gab es mit 12,4 Krankheitstagen den niedrigsten Wert seit 30 Jahren. Seit 2006 steigen die Fehlzeiten kontinuierlich wieder an. Selbst Manager melden sich inzwischen häufiger krank. Psychische Erkrankungen weisen wie bisher schon den höchsten Zuwachs auf. Besonders Langzeiterkrankungen von mehr als sechs Wochen haben zugenommen.

Person auf Antrag nicht länger aufgrund des Versorgungsausgleichs gekürzt. ...“

(2) Die Anpassung nach Abs. 1 findet nur statt, wenn die ausgleichsberechtigte Person die Versorgung aus dem im Versorgungsausgleich erworbenen Anrecht nicht länger als 36 Monate bezogen hat.“

Das Verwaltungsgericht Ansbach hielt in seiner Entscheidung vom 28.03.2012 (Az.: AN 11 K 11.00940) unter Bezugnahme des Bundesverfassungsgericht mit der Entscheidung vom 05.07.1989 (Az.: 1 BvL 11/87) daran fest, dass es aus verfassungsrechtlicher Hinsicht nichts zu beanstanden sei, dass beim Vorversterben des Ausgleichsberechtigten Ehegatten die Kürzung der Versorgung des Ausgleichspflichtigen nur dann entfällt, wenn die aufgrund des Versorgungsausgleich gewährten Leistungen innerhalb der von § 37 Abs. 2 VersAusglG, bzw. entsprechend der Vorgängerregelung nach § 4 Abs. 2 VAHRG entfällt. Das Bundesverfassungsgericht habe bereits in der Entscheidung vom 05.07.1989 festgestellt, dass die für den Ausgleichspflichtigen ungünstigere Regelung des § 4 Abs. 2 VAHRG verfassungsmäßig sei. Eine Verletzung von Art. 33 Abs. 5 GG und Art. 14 Abs. 1 S. 1 GG läge nicht vor. Das Bundesverfassungsgericht habe in der zitierenden Entscheidung verlangt, dass eine Härterege- lung unter anderen für die Fälle des Vorversterbens des Ausgleichsberechtigten geschaffen werde. Die konkrete Ausgestaltung der Härtefallregelung unterliege der Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers. Für die Frage, welche Grenze für die Rückabwicklung des Versorgungsausgleichs zu ziehen sei, müsse ein sachlicher Differenzierungsgrund vorliegen. Zudem sei der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit einzuhalten.

Die „36-Monats Grenze“ erfülle diese Kriterien, da der Gesetzgeber von Verfassung wegen nicht dazu angehalten sei, eine einzelfallbezogene Härterege- lung zu treffen, sondern vielmehr die Kriterien für die „Rückabwicklung“ des Versorgungsausgleichs an einer zeitlichen Grenze festzusetzen könne. Stich- tage seien für die Regelung bestimmter Lebens- sachverhalte erforderlich, jedoch sei zu überprüfen, ob der Gesetzgeber den ihm zukommenden Ge- staltungsraum sachgerecht genutzt habe, z. B. ob er die für die zeitliche Anknüpfung in Betracht kom- menden Faktoren hinreichend gewürdigt hat und ob sich die gefundene Lösung im Hinblick auf den ge-

gebenen Sachverhalt und das System der Gesamt- regelung durch sachliche Gründe rechtfertigen lasse oder als willkürlich erscheine, so BVerfGE 44, 1 (21f.).

Das Verwaltungsgericht Ansbach führt in seinem Ur- teil vom 28.03.2012 (Az.: AN 11 K 11.00940) expli- ziert aus, dass es den einzelnen Ausgleichsver- pflichteten zwar hart treffen könne, wenn er nach dem Tod seines geschiedenen Ehegatten erkennen muss, dass es bei der Kürzung seiner Versorgung endgültig verbleibt, hieraus folge jedoch nicht die Unzumutbarkeit der Regelung im Sinne des Ver- hältnismäßigkeitsprinzips. Mit dem System des Ver- sorgungsausgleichs bestünden zwei selbstständige

Mehr zum Thema Beamtenrecht
erfahren Sie unter

www.rehmnetz.de/Personal/Beamtenrecht.html



Produkttipp

Erwin Schütz +, Dr. Joachim Maiwald u.a.
**Beamtenrecht des Bundes und der Länder -
Kommentar** - dargestellt anhand des BeamtStG
und des LBG NRW, einschließlich Vorschriften-
sammlung



10.148 Seiten
Loseblattwerk in 6 Ordnern
Stand 125. Aktualisierung April
2012

€ 189,95 zzgl. Aktualisierungs-
lieferungen
ISBN 978-3-7685-5870-9

[\[Mehr Info\]](#)

Der Kompass durch das Beamtenrecht

Die Teilausgabe Beamtenrecht Kommentar behandelt das gesamte Beamtenrecht anhand des Landesbe-
amtengesetzes von Nordrhein-Westfalen, ist jedoch
auf Grund ihres Aufbaus auch für jedes andere Bun-
desland von großer Hilfe.

Bei den Erläuterungen einzelner Paragraphen wer-
den stets Hinweise auf die Parallelvorschriften im
Bund und in anderen Ländern angebracht und Ab-
weichungen zum NRW LBG kommentiert.

Versicherungsverhältnisse, welche betreffend ihres „rentenrechtlichen Schicksals“ jeweils unabhängig voneinander zu sehen seien. Auch der Einwand, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts sei mittlerweile überholt, könne nicht durchgreifen. Vielmehr habe der Gesetzgeber durch die Anhebung der zeitlichen Grenze auf 36 Monate den Anstieg der durchschnittlichen Rentenbezugsdauer Rechnung getragen. Die Einbußen, die der Ausgleichspflichtige Ehegatte durch die Kürzung seiner Versorgungsbezüge tragen muss, ohne das für den geschiedenen Ehegatten noch Leistungen erbracht werden müssen, stehe die Konstellation gegenüber, dass der ausgleichspflichtige Ehegatte vor Eintritt in den Ruhestand versterben könne, dann ebenso Leistungen an den berechtigten Ehegatten erbracht werden müssen, ohne das „Einzahlungen“ in den Bundeshaushalt geflossen seien, d. h. das der berechnete Ehegatte Leistungen beziehen würde. Die Möglichkeit der Refinanzierung beim Ausgleichspflichtigen Ehegatten bestünde in derartigen Fällen also nicht.

5. Fazit

Die Verwaltungsgerichte halten mit ihren aktuellen Entscheidungen an den im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 05.07.1989 (Az.: 1 BvL 11/87) aufgestellten Grundsätzen betreffend die Aufhebung der Kürzung der Versorgungsbezüge fest. Nach Bestreiten der Bezugsdauer von 36 Monaten durch den Ausgleichsberechtigten Ehegatten besteht nahezu keine Chance, den Versorgungsausgleich bei Tod des Ausgleichsberechtigten anzupassen.

Die Kürzung der Versorgungsbezüge gemäß § 57 BeamtVG und die Anpassungsvorschrift nach § 37 VersAusglG halten einer verfassungsrechtlichen Überprüfung stand.

Markus Pferinger
Rechtsanwalt

II. Neues auf Rehmnetz

News:

[Seminar zu familienfreundlichen Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst](#)

[Nds.: Unverzinsliche Vorschüsse auf Bezüge für Beamte](#)

III. Beamten-Blog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf rehmnetz.de zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

[Beamtengewerkschaften und ihre Spitzenorganisationen](#)

[Außerdienstliche Trunkenheitsfahrt eines Beamten](#)

[Der Bürolocher als Wurfgeschoss](#)



Der Blog zu Pro & Contra der Reform!

Von und mit **Dr. Maximilian Baßlsperger**. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)

bestellcoupon per Fax an: 0 89 / 21 83-76 20



Ja, ich bestelle:

Ihre Arbeitshilfen



Expl. _____
 Schwegmann/Summer/Sander + u. a.
Besoldungsrecht des Bundes und der Länder
 Kommentar
 Loseblattwerk in 6 Ordnern
 ISBN 978-3-8073-0166-2
 € 279,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen

Expl. _____
Internetausgabe
 ISBN 978-3-8073-2313-8
 Halbjahrespreis für 3 Zugriffe
 € 242,50



Expl. _____
pcBeamte
 PC-Programm zur Ermittlung von Brutto- und Nettobezügen für Beamte, Richter und Soldaten.
 CD-ROM
 ISBN 978-3-7685-8024-3
 € 48,00 zzgl. Aktualisierungslieferungen



Expl. _____
 Schadewitz +/Röhrig +/Hämmerle u. a.
Beihilfevorschriften
 Kommentar
 Loseblattwerk in 3 Ordnern
 ISBN 978-3-7685-4077-3
 € 169,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen



Expl. _____
 Mildenerger/Weigel/Pohl u. a.
Beihilferecht in Bund, Ländern und Kommunen
 Praktiker-Kommentar
 Loseblattwerk in 4 Ordnern
 ISBN 978-3-8073-0014-6
 € 169,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen



Picken Sie sich das Beste heraus!

Wichtige Informationen zum Themenkomplex Beamtenrecht finden Sie auf unserer Homepage!

[mehr Info]



Weitere Bestellmöglichkeiten

Bestellhotline:
0 800 / 21 83-333

Bestellfax:
0 89 / 21 83-76 20

Per E-Mail:
kundenbetreuung@hjr-verlag.de

Per Internet:
www.rehmnz.de

Per Post:
Verlagsgruppe
Hühig Jehle Rehm GmbH
81677 München

Weitere Arbeitshilfen



Expl. _____
 Stegmüller/Schmalhofer/Bauer u. a.
Beamtenversorgungsrecht des Bundes und der Länder
 Kommentar
 Loseblattwerk in 5 Ordnern
 ISBN 978-3-7825-0193-4
 € 189,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen



Expl. _____
 Schütz +/Maiwald/Brockhaus u. a.
Beamtenversorgungsgesetz
 Kommentar
 Loseblattwerk in 2 Ordnern
 ISBN 978-3-7685-6070-2
 € 139,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen

Hier können Sie unser komplettes Titelangbot zum Bereich Beamtenrecht einsehen.

WAN 516097

Einrichtung/Firma

Kundennummer (falls zur Hand)

Besteller/in Vorname/Name

Funktion

Straße/Hausnummer

PLZ/Ort

Telefon (freiwillig)*

Telefax (freiwillig)*

E-Mail (freiwillig)*

Ort/Datum



Unterschrift

Herzlichen Dank für Ihre Bestellung!

*Datenschutzhinweis: Ihre persönlichen Angaben werden von der Verlagsgruppe Hühig Jehle Rehm ausschließlich für eigene Direktmarketingzwecke, evtl. unter Einbeziehung von Dienstleistern, verwendet. Darüber hinaus erfolgt die Weitergabe an Dritte nur zur Vertragsdurchführung oder wenn wir gesetzlich dazu verpflichtet sind. Sie können der Nutzung Ihrer Daten gegenüber der untenstehenden Adresse in Textform widersprechen ohne dass hierfür andere Übermittlungskosten nach dem jeweiligen Basistarif entstehen. Verlagsgruppe Hühig Jehle Rehm GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München.

Ein Angebot der Verlagsgruppe Hühig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg, München, Landsberg, Frechen, Hamburg; im Fachbuchhandel erhältlich; Preisänderung vorbehalten!

Garantiert mit Rückgaberecht.

Die Ansichtsfrist für alle Fortsetzungswerke beträgt 4 Wochen, für alle anderen Produkte 14 Tage. Sollte ich von dem Produkt nicht überzeugt sein, schicke ich es ohne weitere Verpflichtung zurück (bei Software inkl. versiegeltem Freischalt-Schlüssel). Die Rücksendung erfolgt an die auf der Rechnung angegebene Versandadresse.

Aktualisierungsservice für Loseblattwerke und Software.

Dieser Service garantiert mir auch künftig rechtssicheres Handeln. Wenn sich für meine Arbeit wichtige Rechtsänderungen ergeben, erhalte ich automatisch eine Aktualisierung zum jeweils gültigen Preis. Dieser Service ist jederzeit kündbar.

Alle Preise zzgl. Versandkosten. Die Lieferung erfolgt auf Rechnung und Gefahr des Käufers. Bis zur vollständigen Bezahlung behalten wir uns das Eigentum an den gelieferten Produkten vor. Im Übrigen gelten die Geschäftsbedingungen des Verkäufers. Preisänderungen vorbehalten.

Stand Januar 2012